

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Literaturverzeichnis	XXXIX
 A. Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten 	
1. Einführung	1
1.1 Die Buchführung als Zweig des betrieblichen Rechnungswesens	1
1.1.1 Buchführung	1
1.1.2 Kosten- und Leistungsrechnung	1
1.1.3 Betriebsstatistik	1
1.1.4 Planung	2
1.2 Oberbegriff „Aufzeichnungen“	2
2. Allgemeine Buchführungspflicht	2
2.1 Gesetzliche Grundlagen	2
2.2 Zur Buchführung verpflichtete Personen im einzelnen, Beginn und Beendigung der allgemeinen Buchführungspflicht	3
3. Steuerliche Buchführungspflicht	5
3.1 Aus Nichtsteuergesetzen abgeleitete Buchführungspflicht nach § 140 AO	5
3.2 Besondere Buchführungspflicht für bestimmte Steuerpflichtige nach § 141 Abs. 1 AO	5
3.3 Beginn und Wegfall der Buchführungspflicht	7
4. Sonstige Aufzeichnungspflichten	8
4.1 Außersteuerliche sonstige Aufzeichnungspflichten	8
4.2 Steuerliche sonstige Aufzeichnungspflichten	11
4.2.1 Ergänzende Aufzeichnungen für Land- und Forstwirte	12
4.2.2 Aufzeichnung des Wareneingangs	12
4.2.3 Aufzeichnung des Wareneingangs	12
5. Inhalt der Buchführungspflicht und allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnung	13
6. Handelsrechtliche und steuerliche Aufbewahrungspflichten	15
7. Bewilligung von Erleichterungen	16
8. Verletzung von Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten und ihre Folgen	17
9. Unterschiede in den Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten zwischen Steuerpflichtigen, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG ermitteln	18
10. Pflichten für Unternehmer, die freiwillig Bücher führen und Abschlüsse tätigen	19
 B. Die Technik der doppelten Buchführung 	
1. Die Grundlagen der Buchführung	20
1.1 Die Inventur	20
1.2 Das Inventar	20

1.3	Inventurerleichterungen	20
1.3.1	Allgemeines	20
1.3.2	Festwert	21
1.3.3	Gruppenbewertung	22
1.3.4	Stichprobeninventur	22
1.3.5	Permanente Inventur	22
1.3.6	Zeitverschobene Inventur	23
1.3.7	Buchmäßige Bestandsaufnahme für Anlagevermögen	23
1.4	Die Bilanz	24
1.5	Der Abschluß	24
1.6	Die Gewinn- und Verlustrechnung	25
1.6.1	Allgemeines	25
1.6.2	Beispiel für Gewinn- und Verlustrechnung in Kontoform	25
1.6.3	Beispiel für Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform	26
1.6.4	Gliederung bei Kapitalgesellschaften	26
2.	Die Funktion der doppelten Buchführung	27
2.1	Sachkonten	27
2.1.1	Bestandskonten	27
2.1.2	Erfolgskonten	27
2.1.3	Gewinn- und Verlustkonto	28
2.1.4	Privatkonten	28
2.1.5	Schema für den Abschluß der Sachkonten	28
2.1.6	Buchungssatz	29
2.1.7.	Hinweis	29
2.2	Personenkonten	29
2.3	Anlagekonten	29
3.	Organisation der Buchführung	30
3.1	Buchführungssysteme	30
3.2	Methoden und Organisationsformen der doppelten Buchführung	30
3.2.1	Übertragungsbuchführung	30
3.2.2	Amerikanisches Journal	31
3.2.3	Durchschreibebuchführung	31
3.2.4	EDV-Buchführung	32
3.2.4.1	Externe EDV-Buchführung	32
3.2.4.2	Interne EDV-Buchführung	33
3.2.4.3	Besonderheiten	35
3.2.5	Offene-Posten-Buchhaltung	35
3.3	Kassenbuchführung	36
3.4	Hauptabschlußübersicht	38
3.5	Selbständige Buchungskreise	41
3.5.1	Filialbuchführung	41
3.5.2	Devisenbuchführung	42
3.5.3	Geheimbuchführung	43
 C. Begriff des Gewinns, die Gewinn- und Verlustrechnung und die steuerlichen Gewinnermittlungsarten		
1.	Allgemeines	44
1.1	Die Bedeutung des Gewinns für die Besteuerung	44
1.2	Der handelsrechtliche Gewinnbegriff	44

1.3	Der grundsätzliche steuerliche Gewinnbegriff	45
1.4	Gewinnermittlungszeitraum und Geschäftsjahr bzw. Wirtschaftsjahr ..	45
1.4.1	Das handelsrechtliche Geschäftsjahr	45
1.4.2	Das steuerliche Wirtschaftsjahr	46
2.	Die Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil des Jahresabschlusses	47
2.1	Allgemeines	47
2.1.1	Begriff, Bedeutung und Inhalt der GuV-Rechnung	47
2.1.2	Form und Gliederung der GuV-Rechnung	47
2.1.3	Bedeutung der GuV-Rechnung für die Besteuerung	48
2.2	Die handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Erträge und Aufwendungen	48
2.2.1	Allgemeines	48
2.2.2	Begriff: Ertrag (Erträge)	48
2.2.3	Begriff: Aufwand (Aufwendungen)	49
2.3	Die steuerlichen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben	49
2.3.1	Begriff der Betriebseinnahmen	49
2.3.2	Abgrenzung der Betriebseinnahmen zu den außerbetrieblichen Einnahmen	50
2.3.3	Steuerfreie Betriebseinnahmen	50
2.3.3.1	Steuerfreie Sanierungsgewinne (§ 3 Nr. 66 EStG)	50
2.3.3.1.1	Begriff des Sanierungsgewinns und Bedeutung der Befreiungs- regelung	50
2.3.3.1.2	Geltungsbereich	51
2.3.3.1.3	Voraussetzungen für die Steuerbefreiung	52
2.3.3.1.4	Besonderheiten und buchmäßige Abwicklung	53
2.3.3.1.5	Fall	54
2.3.3.2	Investitionszulagen nach dem Berlinförderungsgesetz und dem Investitionszulagengesetz	55
2.3.3.3	Erwerb von Freianteilen an Kapitalgesellschaften aufgrund einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	55
2.3.4	Begriff der Betriebsausgaben	55
2.3.5	Abgrenzung der Betriebsausgaben zu anderen Aufwendungen	57
2.3.6	Arten der Betriebsausgaben	58
2.3.6.1	Sofort abzugsfähige Betriebsausgaben	58
2.3.6.2	Nicht sofort abzugsfähige Betriebsausgaben	59
2.3.6.3	Nichtabzugsfähige und beschränkt abzugsfähige Betriebsausgaben nach § 4 Abs. 5 EStG	61
2.3.6.4	Aufzeichnungspflicht für nichtabzugsfähige und beschränkt abzugsfähige Betriebsausgaben	64
2.3.6.5	Betriebsausgaben, die mit steuerfreien Betriebseinnahmen wirtschaftlich zusammenhängen	65
3.	Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten im einzelnen	65
3.1	Die Gewinnermittlung durch Bestandvergleich nach § 4 Abs. 1 EStG	65
3.1.1	Personenkreis	65
3.1.2	Begriff des Betriebsvermögens	65
3.1.2.1	Mengenmäßige Bedeutung	65
3.1.2.2	Wertmäßige Bedeutung	66
3.1.3	Ausscheiden nichtbetrieblicher Vorgänge	66
3.1.3.1	Begriff und Umfang der Entnahmen	67
3.1.3.2	Begriff und Umfang der Einlagen	68

3.1.4	Die Bilanz nach § 4 Abs. 1 EStG	69
3.2	Die Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich nach § 5 EStG	70
3.2.1	Unterfall des § 4 Abs. 1 EStG	70
3.2.2	Personenkreis	70
3.2.3	Die Bilanz nach § 5 EStG	71
3.2.3.1	Allgemeine Grundsätze	71
3.2.3.2	Verhältnis der Handelsbilanz zur Steuerbilanz	71
3.3	Die Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschuß-Rechnung nach § 4 Abs. 3 EStG	72
3.3.1	Begriff und Wesen der Einnahmen-Überschuß-Rechnung	72
3.3.2	Berechtigter Personenkreis	73
3.3.3	Unterschiede zwischen Einnahmen-Überschuß-Rechnung und Bestandsvergleich	73
3.3.4	Betriebseinnahmen bei der Überschubrechnung	74
3.3.5	Betriebsausgaben bei der Überschubrechnung	75
3.3.5.1	Sofort abzugsfähige Betriebsausgaben	75
3.3.5.2	Erwerb von abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens	76
3.3.5.3	Erwerb von nichtabnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlage- vermögens	77
3.3.5.4	Erwerb von immateriellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens ...	78
3.3.5.5	Erwerb von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens	78
3.3.6	Behandlung der Einlagen und Entnahmen	79
3.3.6.1	Einlagen	79
3.3.6.2	Entnahmen	79
3.3.7	Besonderheiten bei der Überschubrechnung	80
3.3.7.1	Reine Geldbewegungen	80
3.3.7.2	Anzahlungen, Vorauszahlungen, Teilzahlungen und Abschlags- zahlungen, Vorschüsse	81
3.3.7.3	Erhalt und Zahlungen von Abfindungen	81
3.3.7.4	Behandlung eines Damnums	81
3.3.7.5	Schwund bei Vorräten und anderen Wirtschaftsgütern durch Diebstahl, Verderb u.ä.	81
3.3.7.6	Erlaß von Forderungen und Schulden	82
3.3.7.7	Veräußerung und Aufgabe eines Betriebs	82
3.3.8	Aufzeichnungspflicht für Steuerpflichtige, die den Gewinn durch Überschubrechnung ermitteln	83
3.4	Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	83
3.5	Gewinnermittlung durch Schätzung	83
3.6	Wechsel der Gewinnermittlungsart	83
3.6.1	Wechsel von der Überschubrechnung zum Bestandsvergleich	84
3.6.2	Wechsel vom Bestandsvergleich zur Überschubrechnung	87

D. Wirtschaftsgut

1.	Handelsrecht und Steuerrecht	91
2.	Begriff des Wirtschaftsguts	91
3.	Zurechnung	91
4.	Anteile an einem Wirtschaftsgut	93

E. Abgrenzung des Betriebsvermögens vom Privatvermögen

1.	Notwendiges Betriebsvermögen – gewillkürtes Betriebsvermögen – notwendiges Privatvermögen	94
1.1	Grundsätze	94
1.2	Notwendiges Betriebsvermögen	95
1.2.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als notwendiges Betriebsvermögen	95
1.2.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als notwendiges Betriebsvermögen	96
1.2.3	Folgen der Einordnung als notwendiges Betriebsvermögen	97
1.3	Gewillkürtes Betriebsvermögen	97
1.3.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als gewillkürtes Betriebsvermögen	97
1.3.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als gewillkürtes Betriebsvermögen	99
1.3.3	Folgen der Einordnung als gewillkürtes Betriebsvermögen	100
1.4	Notwendiges Privatvermögen	101
1.4.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als notwendiges Privatvermögen	101
1.4.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als notwendiges Privatvermögen	101
1.4.3	Folgen der Einordnung als notwendiges Privatvermögen	101
2.	Grundstücke im Betriebsvermögen	102
2.1	Grund und Boden	102
2.1.1	Unbebauter Grund und Boden	102
2.1.2	Grund und Boden bebauter Grundstücke	102
2.2	Gebäude	103
2.2.1	Wirtschaftsgut „eigenbetrieblich genutzter Gebäudeteil“	103
2.2.2	Wirtschaftsgut „fremdbetrieblich genutzter Gebäudeteil“	104
2.2.3	Wirtschaftsgut „zu fremden Wohnzwecken genutzter Gebäudeteil“	105
2.2.4	Wirtschaftsgut zu „eigenen Wohnzwecken genutzter Gebäudeteil“	105
2.2.4.1	Rechtslage ab 1.1.1987	105
2.2.4.2	Rechtslage bis 31.12.1986 (fortführbar bis 1998)	105
2.2.4.3	Übergangsregelung bis 1998	106
3.	Forderungen und Verbindlichkeiten	106
3.1	Forderungen	107
3.2	Verbindlichkeiten	107
3.2.1	Entstehen der Verbindlichkeiten	107
3.2.2	Spätere Veränderungen	108
3.2.3	Tilgung einer Schuld	111
3.2.3.1	Kontokorrentkonto	112
3.2.3.2	Darlehnskonto	114
3.2.3.3	Zwei-Konten-Modell	114
3.2.4	Abfindung an weichende Miterben	115
3.2.5	Zahlungen bei vorweggenommener Erbfolge	116
3.2.6	Zahlungen anlässlich des Zugewinnausgleichs	118

F. Einlagen und Entnahmen

1.	Einlagen	119
1.1	Handelsrecht und Steuerrecht	119
1.2	Begriff	119
1.2.1	Einlage von Wirtschaftsgütern	119
1.2.2	Einlage von Nutzungen und Leistungen	119

1.3	Folgewirkungen	121
1.4	Bewertung der Einlagen	121
1.5	Abschreibung von eingelegten Wirtschaftsgütern	123
1.6	Abgrenzungen	124
2.	Entnahmen	124
2.1	Handelsrecht und Steuerrecht	124
2.2	Begriff	125
2.2.1	Entnahme von Wirtschaftsgütern	128
2.2.2	Entnahme von Nutzungen und Leistungen	129
2.2.3	Entnahmen in Fällen des § 12 EStG	129
2.3	Folgewirkungen	133
2.4	Bewertung der Entnahmen	133
2.5	Sachspenden	134
2.6	Umsatzsteuer	135
2.7	Abgrenzungen	135
3.	Sonderfälle	135
3.1	Pkw-Nutzung	135
3.1.1	Private Nutzung eines betrieblichen Pkw	135
3.1.2	Betriebliche Nutzung eines privaten Pkw	136
3.1.3	Unfälle mit betrieblichen Pkw auf privaten Fahrten	138
3.1.4	Unfälle mit privaten Pkw auf betrieblichen Fahrten	141
3.2	Gebäudenutzung	142
3.2.1	Betriebliche Nutzung eines Gebäudeteils des Privatvermögens	142
3.2.2	Privatnutzung eines Gebäudeteils des Betriebsvermögens	142
3.2.2.1	Rechtslage ab 1.1.1987	142
3.2.2.2	Rechtslage bis 31.12.1986 und Übergangsregelung	142
3.2.2.3	Besteuerung des Nutzungswertes	145
3.2.3	Wohnungsbauförderungsentnahme	146

G. Allgemeine und konkrete Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.	Unterscheidung zwischen Bilanzierung und Bewertung	147
2.	Handelsrechtliche Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)	147
2.1	Allgemeines	147
2.2	Bereiche der allgemeinen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	148
2.2.1	Grundsätze ordnungsmäßiger „Buchführung“ im engeren Sinne	148
2.2.2	Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur	149
2.2.3	Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und Bewertung	149
3.	Allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und Bewertung	149
3.1	Grundsatz der Bilanzwahrheit, der Bilanzklarheit und des Verrechnungsverbots	149
3.2	Grundsatz der Vollständigkeit	150
3.3	Grundsatz der Bilanzenidentität (Bilanzenzusammenhang) und Bilanzenkontinuität	150
3.4	Going-Concern-Prinzip	153
3.5	Stichtagsprinzip	153
3.6	Grundsatz der Einzelbewertung	153

3.7	Vorsichtsprinzip, Realisationsprinzip und Imparitätsprinzip	153
3.8	Grundsatz der Periodenabgrenzung (Abgrenzungsprinzip)	155
4.	Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	155
4.1	Personenkreis, Begriff und Inhalt des Maßgeblichkeitsgrundsatzes	155
4.2	Anwendung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten	156
4.2.1	Bilanzierungswahlrechte	156
4.2.2	Bewertungswahlrechte	157
4.3	Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes	157
5.	Überblick über die konkreten handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungsgrundsätze der Bilanzierungsfähigkeit (Bilanzierungsgebot), des Bilanzierungsverbots, des Bilanzie- rungswahlrechts und der Bilanzierungshilfe	158
5.1	Bilanzierungsfähigkeit (Bilanzierungsgebote)	158
5.2	Bilanzierungswahlrechte	159
5.3	Bilanzierungsverbote	161
5.4	Bilanzierungshilfen	162
5.5	Übersicht über die handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungs- gebote, Bilanzierungswahlrechte, Bilanzierungsverbote und Bilanzierungshilfen	165
6.	Anwendung der konkreten handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze (Bewertungsmaßstäbe)	166
6.1	Allgemeines	166
6.2	Überblick über die handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungs- grundsätze für die Vermögensgegenstände bzw. Besitzposten	167
6.2.1	Handelsrechtliche Bewertungsgrundsätze (§ 253 HGB), die wegen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes auch ertragssteuerlich für Steuer- pflichtige gelten, die den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln	167
6.2.1.1	Erstmaliger Bilanzansatz	168
6.2.1.2	Wertansatz zu einem nachfolgenden Bilanzstichtag	169
6.2.2	Steuerliche Bewertungsgrundsätze des § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG, die nur für Steuerpflichtige gelten, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 EStG ermitteln	172
6.2.2.1	Erstmaliger Bilanzansatz	172
6.2.2.2	Wertansatz zu einem nachfolgenden Bilanzstichtag	173
6.3	Die Anwendung der maßgebenden Bewertungsgrundsätze im einzelnen	176
6.3.1	Anwendung der handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungs- grundsätze im Rahmen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes für Steuerpflichtige, die den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln	176
6.3.1.1	Einschränkung durch den steuerlichen Bewertungsvorbehalt des § 5 Abs. 6 EStG	176
6.3.1.2	Wertansatz bei steuerlichen Bewertungswahlrechten	176
6.3.1.3	Nichtanwendung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei falschem Wertansatz in der Handelsbilanz	177
6.3.2	Behandlung der abnutzbaren Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	178
6.3.2.1	Begriff und Umfang des abnutzbaren Anlagevermögens	178
6.3.2.2	Wertansätze	178
6.3.2.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang	178

6.3.2.4	Beispiele	179
6.3.3	Behandlung der nicht abnutzbaren Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	181
6.3.3.1	Begriff und Umfang des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	181
6.3.3.2	Wertansätze	181
6.3.3.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang	181
6.3.3.4	Beispiele	181
6.3.4	Behandlung der Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens	183
6.3.4.1	Begriff und Umfang des Umlaufvermögens	183
6.3.4.2	Wertansätze	183
6.3.4.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang	183
6.3.4.4	Beispiele	183
6.3.5	Behandlung der Verbindlichkeiten	184
6.3.5.1	Begriff und Umfang der Verbindlichkeiten	184
6.3.5.2	Wertansätze	184
7.	Bewertungsvereinfachungsmethoden	185
7.1	Gruppenbewertung bzw. Durchschnittsbewertung	186
7.1.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände	186
7.1.2	Ermittlung des gewogenen Durchschnittswerts bei der Durchschnitts- bewertung und Gruppenbewertung mit Durchschnittswerten	188
7.2	Sammelbewertung nach einem Verbrauchsfolgeverfahren	190
7.2.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände	190
7.2.2	Die einzelnen Methoden	190
7.2.2.1	Die Fifo-Methode (first in – first out)	190
7.2.2.2	Die Lifo-Methode (last in – first out)	191
7.2.2.3	Die Hifo-Methode (highest in – first out)	192
7.2.2.4	Andere Verbrauchsfolgemethoden	192
7.2.3	Steuerliche Anwendbarkeit der einzelnen Verbrauchsfolgemethoden .	192
7.3	Festwertbewertung	196
7.3.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände	196
7.3.2	Voraussetzungen für die Festwertbewertung	197
7.3.3	Ermittlung des Festwerts	198
7.3.3.1	Ermittlung für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	198
7.3.3.2	Ermittlung für Gegenstände des Sachanlagevermögens	198
7.3.3.2.1	Erstmalige Ermittlung	198
7.3.3.2.2	Überprüfung und Änderung des Festwerts	200
7.3.4	Behandlung der Ersatzbeschaffungen und Veräußerungen von Gegenständen aus einem Festwertbestand	201
7.3.5	Übergang vom Festwert zur Einzelbewertung	202

H. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsmaßstäbe und besondere Anschaffungsvorgänge

1.	Bedeutung der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Handels- und Steuerrecht	203
2.	Anschaffungskosten (allgemeine Grundsätze)	204
2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung der Anschaffungskosten	204
2.2	Umfang der Anschaffungskosten	205
2.2.1	Zu den Anschaffungskosten gehörende Aufwendungen	205

2.2.1.1	Der Kaufpreis als Grundlage für die Ermittlung der Anschaffungskosten	205
2.2.1.2	Aufwendungen für die Schaffung der Betriebsbereitschaft und die Anschaffungsnebenkosten	207
2.2.2	Nicht zu den Anschaffungskosten gehörende Aufwendungen	208
2.2.3	Kaufpreisminderungen	209
2.2.4	Behandlung der Vorsteuer (Eingangs-Umsatzsteuer)	209
2.2.4.1	In vollem Umfang abzugsfähige Vorsteuer	209
2.2.4.2	In vollem Umfang nichtabzugsfähige Vorsteuer	210
2.2.4.3	Nur teilweise abzugsfähige Vorsteuer	211
2.2.4.4	Änderung der Aufteilung der Vorsteuer mit Wirkung für die Vergangenheit	214
2.2.4.5	Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach 15a UStG	216
2.3	Nachträgliche Änderung der Anschaffungskosten	217
2.3.1	Nachträgliche Anschaffungskosten	217
2.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungskosten	217
2.4	Aufteilung eines Gesamtkaufpreises	218
3.	Besondere Anschaffungsvorgänge	218
3.1	Anschaffungskosten bei Erwerb gegen Renten- oder Ratenzahlungen	218
3.1.1	Begriff und Abgrenzung der Renten und Raten	218
3.1.2	Behandlung von betrieblichen Anschaffungen bzw. Veräußerungen gegen Zahlung einer Kaufpreis- bzw. Veräußerungsrente	219
3.1.2.1	Erwerb bzw. Veräußerung eines Betriebs oder Teilbetriebs	219
3.1.2.1.1	Behandlung beim Erwerber	219
3.1.2.1.2	Behandlung beim Veräußerer	221
3.1.2.1.3	Fall zur Veräußerung eines ganzen Betriebs	222
3.1.2.2	Erwerb bzw. Veräußerung einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	225
3.1.2.2.1	Behandlung beim Erwerber	225
3.1.2.2.2	Behandlung beim Veräußerer	225
3.1.2.2.3	Fall zur Veräußerung eines Wirtschaftsguts	226
3.1.2.3	Auswirkung von Wertsicherungsklauseln	228
3.1.2.4	Vorzeitiger Wegfall der Rentenlast beim Rentenverpflichteten	229
3.1.3	Behandlung von betrieblichen Anschaffungen bzw. Veräußerungen gegen Ratenzahlungen	229
3.1.3.1	Behandlung beim Erwerber	229
3.1.3.2	Behandlung beim Veräußerer	231
3.1.3.2.1	Veräußerung eines Betriebs	231
3.1.3.2.2	Veräußerung eines Teilbetriebs oder einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	232
3.2	Anschaffungskosten bei Erwerb durch Tausch	232
3.2.1	Allgemeine Grundsätze	232
3.2.2	Tausch gleichwertiger Wirtschaftsgüter	234
3.2.3	Tausch mit Zuzahlung (Baraufgabe)	235
3.2.4	Tausch mit Zuzahlung und verdecktem Preisnachlaß	238
3.2.5	Sonderfälle	241
3.2.5.1	Gewinnverwirklichung beim Tausch mit verzögerter Gegenleistung	241
3.2.5.2	Funktionsgleicher Tausch von Anteilsrechten an Kapitalgesellschaften	242
3.2.5.3	Tausch von Mitunternehmeranteilen	244
3.2.5.4	Tausch von Güterfernverkehrsgenehmigungen	244

3.2.5.5	Tausch von Grundstücken	244
3.3	Anschaffungskosten bei Mietkauf und Leasing	244
3.3.1	Kauf nach Miete	245
3.3.1.1	Ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Behandlung	245
3.3.1.2	Fall	245
3.3.2	Mietkaufverträge	246
3.3.2.1	Ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Behandlung	246
3.3.2.2	Fälle	248
3.3.3	Leasingverträge	250
3.3.3.1	Allgemeine Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen	250
3.3.3.2	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von beweglichen Wirtschaftsgütern bei Vollamortisation („Full-pay-out-Verträge“)	252
3.3.3.2.1	Regelmäßiger Personenkreis	252
3.3.3.2.2	Allgemeines und Abgrenzung des Full-pay-out-Leasing	252
3.3.3.2.3	Zurechnung des Leasing-Gegenstands	253
3.3.3.2.4	Buch- und bilanzmäßige Behandlung	256
3.3.3.2.5	Fall	259
3.3.3.3	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von beweglichen Wirtschaftsgütern bei Teilamortisation („Non-pay-out-Leasing“)	262
3.3.3.4	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von unbeweglichen Wirtschaftsgütern (Immobilien-Leasing)	263
3.4	Anschaffungskosten bei Übertragung stiller Reserven	263
3.4.1	Allgemeine Grundsätze	263
3.4.1.1	Entstehung stiller Reserven	263
3.4.1.2	Aufdeckung dieser stillen Reserven	263
3.4.1.3	Vermeidung der sofortigen Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven	264
3.4.1.4	Auflösung der gebildeten steuerfreien Rücklage	265
3.4.2	Unterschiedliche Voraussetzungen für diese Vergünstigungen	266
3.5	Anschaffungskosten bei Erhalt von Zuschüssen	266
3.5.1	Begriff und Arten von Zuschüssen	266
3.5.2	Steuerliche Behandlung der Kapitalzuschüsse	267
3.5.2.1	Wahlrecht für den Zuschußempfänger	267
3.5.2.2	Besonderheiten beim Zuschußempfänger	267
3.5.2.2.1	Erhalt des Kapitalzuschusses in einem späteren Jahr	267
3.5.2.2.2	Erhalt des Kapitalzuschusses in einem früheren Jahr	268
3.5.2.2.3	Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz	269
3.5.2.3	Behandlung beim Zuschußgeber	269
3.5.3	Steuerliche Behandlung der Ertragszuschüsse	269
3.5.3.1	Behandlung beim Zuschußempfänger	269
3.5.3.2	Behandlung beim Zuschußgeber	269
3.6	Anschaffungskosten bei Schwund	270
3.6.1	Allgemeine Grundsätze	270
3.6.2	Besonderheiten beim Vorratsvermögen	271
3.6.2.1	Diebstahl von Waren und Vorräten	271
3.6.2.2	Innerbetrieblicher Verbrauch	271
3.7	Anschaffungskosten beim Erwerb von Grundstücken im Zwangs- versteigerungsverfahren	271
3.7.1	Begriffsbestimmungen	271
3.7.2	Zusammensetzung der Anschaffungskosten	274

3.7.3	Sonderfall: Hypothekengläubiger ersteigert das Grundstück selbst	275
3.7.4	Fälle	275
3.8	Anschaffungskosten bei unentgeltlichem Erwerb (fiktive Anschaffungskosten)	278
3.8.1	Begriff des unentgeltlichen Erwerbs	278
3.8.2	Unentgeltliche Übertragung eines Betriebs, eines Teilbetriebs oder eines Mitunternehmeranteils	281
3.8.2.1	Begriffsbestimmung	281
3.8.2.2	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger)	281
3.8.2.3	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger)	282
3.8.3	Unentgeltliche Übertragung einzelner Vermögensgegenstände (Wirtschaftsgüter), die zuvor zum Betriebsvermögen einer anderen Person gehörten	282
3.8.3.1	Unentgeltliche Übertragung aus betrieblichem Anlaß	282
3.8.3.1.1	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger)	282
3.8.3.1.2	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger)	283
3.8.3.1.3	Fälle	283
3.8.3.2	Unentgeltliche Übertragung aus privatem Anlaß	284
3.8.3.2.1	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger)	284
3.8.3.2.2	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger)	285
3.8.3.2.3	Fall	285
3.8.4	Unentgeltliche Übertragung einzelner Vermögensgegenstände (Wirtschaftsgüter), die zuvor zum Privatvermögen einer anderen Person gehörten	285
3.9	Anschaffungskosten beim Erwerb von in Berlin (West) hergestellten Wirtschaftsgütern	286
4.	Herstellungskosten und ihre Ermittlung	286
4.1	Handelsrechtliche und steuerliche Bedeutung der Herstellungskosten .	286
4.2	Begriff und Bestandteile der Herstellungskosten im Handelsrecht	287
4.2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung der Herstellungskosten	287
4.2.2	Die Bestandteile der Herstellungskosten im einzelnen	289
4.2.2.1	Allgemeines, Grundbegriffe der Kosten- und Leistungsrechnung (Kalkulation) und Kalkulationsschema	289
4.2.2.2	Umfang und Abgrenzung der handelsrechtlichen Herstellungskosten .	292
4.2.2.2.1	Materialeinzelkosten bzw. Materialkosten	292
4.2.2.2.2	Fertigungseinzelkosten bzw. Fertigungskosten	292
4.2.2.2.3	Sondereinzelkosten bzw. Sonderkosten der Fertigung	293
4.2.2.2.4	Materialgemeinkosten	293
4.2.2.2.5	Fertigungsgemeinkosten	294
4.2.2.2.6	Beschränkung auf angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten	295
4.2.2.2.7	Wertverzehr des Anlagevermögens, das dem Material- und Fertigungsbereich dient	296
4.2.2.2.8	Allgemeine Verwaltungskosten und soziale Kosten sowie Zinsen für Fremdkapital	296
4.2.2.2.9	Vertriebskosten	298
4.2.2.3	Ausübung des handelsrechtlichen Wahlrechts im Rahmen der Bewertungsstetigkeit und der GoB	298
4.3	Begriff und Bestandteile der steuerlichen Herstellungskosten	299
4.3.1	Begriffsbestimmung des Abschn. 33 EStR	299
4.3.2	Bestandteile der steuerlichen Herstellungskosten (Übersicht)	299

4.3.3	Besonderheiten bei den steuerlichen Herstellungskosten	301
4.3.4	Gegenüberstellung der handelsrechtlichen und steuerlichen Herstellungskosten	302
4.4	Steuerliche Herstellungskosten bei Grundstücken (Grund und Boden)	303
4.5	Steuerliche Herstellungskosten bei Gebäuden	303
4.5.1	Begriff	303
4.5.2	Bestandteile und Umfang der Herstellungskosten von Gebäuden im einzelnen	304
4.5.2.1	Eigentliche Bauaufwendungen	304
4.5.2.2	Baunebenkosten	304
4.5.2.3	Aufwendungen, die die Errichtung des Gebäudes ermöglichen	305
4.5.2.4	Aufwendungen, die die Nutzung des Gebäudes ermöglichen	305
4.6	Zeitliche Abgrenzung der Herstellungskosten	306
4.7	Nachträgliche Herstellungskosten	306
4.8	Abgrenzung zwischen Herstellungsaufwand und Erhaltungsaufwand ..	307
4.9	Ermittlung der Herstellungskosten	308
4.9.1	Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung als Grundlage	308
4.9.2	Abweichung gegenüber den Ergebnissen der Kosten- und Leistungsrechnung	310
4.9.3	Fälle	312
4.9.4	Buchtechnische Abwicklung nach dem Gemeinschaftskontenrahmen der Industrie (GKR) im Rahmen des Gesamtkostenverfahrens	319
4.9.5	Darstellung der Herstellungskosten im Rahmen der GuV-Rechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) und Umsatzkostenverfahren (§ 275 Abs. 3 HGB)	323
4.9.5.1	Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) ...	324
4.9.5.2	Darstellung nach dem Umsatzkostenverfahren (§ 275 Abs. 3 HGB) ...	325
4.10	Die retrograde Ermittlung der Herstellungskosten	326
4.11	Ermittlung der Wiederherstellungskosten für eine außerplanmäßige Abschreibung (Teilwertabschreibung)	327
5.	Ansatz eines niedrigeren Werts als die Anschaffungskosten oder Herstellungskosten	327
5.1	Der handelsrechtliche Börsen- oder Marktpreis bzw. der beizulegende Wert	327
5.2	Der steuerliche Teilwert	328
5.2.1	Begriff des Teilwerts	328
5.2.2	Bedeutung des Teilwerts	329
5.2.3	Ermittlung des Teilwerts	329
5.2.3.1	Unterstellung einer Betriebsveräußerung und Abstellung auf einen anteiligen Betrag	329
5.2.3.2	Grenzwerte für den Teilwert	330
5.2.3.2.1	Obergrenze: Wiederbeschaffungs- oder Wiederherstellungskosten	330
5.2.3.2.2	Untergrenze: Einzelveräußerungspreis bzw. Material- oder Schrottwert abzüglich Veräußerungskosten	331
5.2.3.3	Teilwertvermutungen	331
5.2.3.3.1	Teilwert im Zeitpunkt der Anschaffung eines Wirtschaftsguts	331
5.2.3.3.2	Teilwert zu späteren Zeitpunkten	332
5.2.3.4	Widerlegung der Teilwertvermutung	332
5.2.3.4.1	Teilwertabschreibung wegen Fehlmaßnahmen	332
5.2.3.4.2	Teilwertabschreibung wegen Sinkens der Wiederbeschaffungskosten ..	333
5.2.3.4.3	Teilwertabschreibung wegen Sinkens der erzielbaren Verkaufspreise bei Waren	334

5.2.4	Maßgebender Zeitpunkt für einen Teilwertansatz	335
5.2.5	Weitere Einzelfälle	336
5.2.5.1	Einfluß der Ertragslage auf die Höhe des Teilwerts	336
5.2.5.2	Teilwert bei Beteiligungen	337
5.2.6	Buchmäßige Behandlung einer Teilwertabschreibung	338

I. Abschreibungen

1.	Allgemeine Grundsätze	339
1.1	Begriff und Aufgabe der Abschreibung	339
1.2	Rechtsgrundlagen für die Abschreibung	339
1.3	„Abschreibung“ als Oberbegriff für verschiedene Arten	341
1.4	Abschreibungsfähige Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter ..	342
1.5	Abschreibungsberechtigte Personen	342
1.6	Bemessungsgrundlage für die Abschreibung	343
1.7	Höhere steuerliche AfA als die planmäßige handelsrechtliche Abschreibung	344
1.8	Buchmäßige Formen der Abschreibung	344
2.	Die Absetzung für Abnutzung – AfA – (ohne Gebäude)	344
2.1	Begriff und Bedeutung der AfA	344
2.2	Zwang zur AfA	344
2.3	AfA auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer	345
2.4	Bemessungsgrundlage für die AfA und nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten	346
2.5	Beginn der AfA	347
2.6	AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung	348
2.7	AfA beim Ausscheiden eines Wirtschaftsguts	348
2.8	Die einzelnen AfA-Methoden	349
2.8.1	Übersicht	349
2.8.2	Die lineare AfA	350
2.8.3	Die Leistungs-AfA	350
2.8.4	Die degressive AfA	351
2.8.5	Wechsel der AfA-Methode	352
2.9	Verhältnis AfA und Teilwertabschreibung sowie AfA nach einer Teilwertabschreibung	353
3.	Besonderheiten bei der AfA für Gebäude und Gebäudeteile sowie für Außenanlagen	353
3.1	Eigenständige steuerliche Regelung für Gebäude	353
3.2	Begriff des Gebäudes und der selbständigen Gebäudeteile	354
3.3	Die lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG	354
3.3.1	Höhere AfA nach gesetzlich bestimmter Abschreibungsdauer für Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 EStG)	355
3.3.2	AfA nach gesetzlich bestimmter Abschreibungsdauer für andere Gebäude (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 EStG)	355
3.3.3	AfA nach der tatsächlichen Nutzungsdauer (§ 7 Abs. 4 Satz 2 EStG) ..	356
3.3.4	AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und im Jahr des Ausscheidens aus dem Betriebsvermögen	356
3.3.5	Lineare AfA für eingelegte Gebäude und Gebäudeteile	356
3.3.6	Fälle	357
3.4	Die degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG	358

3.4.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für die Anwendung der degressiven AfA	358
3.4.2	Höhere Staffelsätze für Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EStG)	359
3.4.2.1	Rechtslage bis 1993	359
3.4.2.2	Rechtslage ab 1994	359
3.4.3	Staffelsätze für andere Gebäude (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG) und besondere degressive AfA nach § 7 Abs. 5 Satz 2 EStG für Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen	359
3.4.3.1	Gebäude und Gebäudeteile im Sinne von § 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 EStG	359
3.4.3.1.1	Rechtslage bis 1993	359
3.4.3.1.2	Rechtslage ab 1994	360
3.4.3.2	Besondere degressive AfA für Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EStG)	360
3.4.4	Wahl und Wechsel innerhalb der Staffelsätze	361
3.4.5	Degressive AfA im Jahr der Fertigstellung oder des Erwerbs und beim Ausscheiden des Gebäudes oder eines Gebäudeteils	361
3.4.6	Degressive AfA für eingelegte Gebäude oder Gebäudeteile	362
3.4.7	Fall	362
3.4.8	Zeitliche Anwendung früherer Regelungen	363
3.5	Keine Absetzung für außergewöhnliche Absetzung oder Teilwertabschreibung für vor 1985 errichtete Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen	363
3.6	Lineare und degressive Gebäude-AfA bei nachträglichen Herstellungsarbeiten	363
3.6.1	Änderung der AfA-Bemessungsgrundlage durch nachträgliche Herstellungskosten	364
3.6.2	Entstehung eines neuen Gebäudes oder eines neuen selbständigen Gebäudeteils	366
3.6.3	Fälle	367
3.7	Abschreibungswechsel durch Nutzungsänderung	368
3.7.1	Dauer der Voraussetzungen für die höhere AfA	368
3.7.2	Änderung der Voraussetzungen für die jeweiligen AfA-Sätze und möglichen Fälle	368
3.7.3	Art und Höhe der AfA nach einer Nutzungsänderung	369
3.7.4	Fall	370
3.8	AfA nach einer Teilwertabschreibung (handelsrechtlich: nach einer außerplanmäßigen Abschreibung)	371
3.9	AfA für Außenanlagen	372
4.	Die Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA)	372
4.1	Begriff der AfaA	372
4.2	Anwendungsbereiche der AfaA	372
4.3	Zwang oder Wahlrecht zur AfaA und Zeitpunkt der Vornahme	373
4.4	Abgrenzung zwischen AfaA und Teilwertabschreibung	373
4.5	Berechnung der AfaA	374
4.6	Weitere planmäßige AfA nach einer AfaA	374
4.7	Fälle	374

5.	Die Absetzung für Substanzverringerung (AfS)	376
5.1	Begriff und Voraussetzungen für die AfS	376
5.2	Berechnung der AfS	377
5.3	Besonderheiten	377
6.	Erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen	377
6.1	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen in § 7a EStG	377
6.1.1	Anwendungsbereich	377
6.1.2	Behandlung nachträglicher Änderungen der Anschaffungs- oder Herstellungskosten	377
6.1.3	Behandlung von Anzahlungen auf Anschaffungen und für Teilerstellungskosten	378
6.1.4	Pflicht zur Vornahme von Mindestabsetzungen bei Inanspruch- nahme erhöhter Absetzungen	379
6.1.5	Keine degressive AfA bei Inanspruchnahme von Sonder- abschreibungen	379
6.1.6	Kumulationsverbot	379
6.1.7	Kein Einfluß auf die Grenzen für die steuerliche Buchführungs- pflicht	380
6.1.8	Erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen bei mehreren Beteiligten	380
6.1.9	Sonstige gemeinsame Vorschriften	380
6.1.9.1	Formelle Voraussetzungen	380
6.1.9.2	AfA nach Ablauf des Begünstigungszeitraums	381
6.2	Erhöhte Absetzungen nach § 7d EStG für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen	382
6.2.1	Persönlicher Geltungsbereich	382
6.2.2	Begünstigte Aufwendungen	382
6.2.3	Begünstigte Wirtschaftsgüter	383
6.2.4	Fünfjährige Zweckbindung	384
6.2.5	Zeitliche Vornahme der erhöhten Absetzungen	384
6.2.5.1	Für angeschaffte oder hergestellte begünstigte Wirtschaftsgüter	384
6.2.5.1.1	Grundsatz	384
6.2.5.1.2	Nachholung unterlassener erhöhter Absetzungen	385
6.2.5.1.3	Besonderheiten bei Wirtschaftsgütern mit einer Nutzungsdauer von weniger als 10 Jahren	385
6.2.5.2	Besonderheiten bei nachträglicher Anschaffungs- oder Herstellungskosten	385
6.2.5.2.1	Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach § 7d Abs. 1 Satz 3 EStG	385
6.2.5.2.2	Nachträgliche Herstellungskosten nach § 7d Abs. 4 EStG	385
6.2.5.3	Besonderheiten für Anzahlungen auf Anschaffungen und für Teilerstellungskosten	386
6.3	Sonderabschreibungen und Ansparabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe nach § 7g EStG	386
6.3.1	Sonderabschreibung als zusätzliche Abschreibung zur planmäßigen AfA nach § 7g Abs. 1 und 2 EStG	386
6.3.1.1	Berechtigter Personenkreis	387
6.3.1.2	Begünstigte Betriebe	387
6.3.1.3	Begünstigte Wirtschaftsgüter	387

6.3.1.4	Höhe und zeitliche Vornahme der Sonderabschreibung und weitere AfA in den Folgejahren	388
6.3.1.5	Besonderheiten	390
6.3.1.6	Übersicht zu § 7g Abs. 1 und 2 EStG	390
6.3.2	Ansparabschreibung nach § 7g Abs. 3–6 EStG	391
6.3.2.1	Ansparabschreibung durch Bildung einer gewinnmindernden Rücklage	391
6.3.2.2	Voraussetzungen für die Bildung der Rücklage	392
6.3.2.3	Auflösung der Rücklage	392
6.3.2.3.1	Auflösung der Rücklage bei Anschaffung oder Herstellung des begünstigten Wirtschaftsguts	392
6.3.2.3.2	Auflösung der Rücklage, wenn ein begünstigtes Wirtschaftsgut nicht angeschafft oder hergestellt wird	393
6.3.2.4	Weitere Einzelfragen zur Fortführung und Auflösung der Rücklage ...	394
7.	Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) nach § 6 Abs. 2 EStG	395
7.1	Begriff und Allgemeines	395
7.2	Berechtigter Personenkreis	395
7.3	Materiell-rechtliche Voraussetzungen	395
7.4	Formelle Voraussetzungen	396
7.5	Buchmäßige Behandlung	397
7.6	Besonderheiten	397

J. Besonderheiten bei bestimmten Bilanzposten

1.	Aktivposten	399
1.1	Bilanzsteuerliche Besonderheiten bei Grundstücken	399
1.1.1	Grund und Boden und Gebäude zwei Wirtschaftsgüter	399
1.1.1.1	Kaufpreisaufteilung bei Erwerb von bebauten Grundstücken	399
1.1.1.2	Teilwertabschreibungen von Grundstücken	400
1.1.1.3	Abgrenzungen Teilwertabschreibung und Absetzung für außerordentliche Abnutzung bei Grundstücken	400
1.1.2	Abbruch von Gebäuden und Außenanlagen sowie Teilen davon	401
1.1.2.1	Gebäude, die schon geraume Zeit Betriebsvermögen sind	401
1.1.2.2	Gebäude, die erst kurzfristig im Betriebsvermögen sind	404
1.1.3	Gebäude auf fremdem Grund und Boden	407
1.1.3.1	Handelsrechtliche Behandlung	407
1.1.3.2	Steuerliche Behandlung	408
1.1.3.3	Gebäude im bürgerlich-rechtlichen Eigentum des Mieters oder Pächters	408
1.1.3.4	Gebäude im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters oder Pächters	409
1.1.3.5	Bauaufwendungen werden nicht vom Mieter oder Pächter getragen ...	412
1.1.4	Mietereinbauten und Mieterumbauten	413
1.1.4.1	Begriff der Mietereinbauten und Mieterumbauten	413
1.1.4.2	Scheinbestandteile	413
1.1.4.3	Betriebsvorrichtungen	413
1.1.4.4	Sonstige Mietereinbauten im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters ..	414
1.1.4.5	Besonderer betrieblicher Nutzungs- und Funktionszusammenhang	415
1.1.4.6	Nutzungs- und Funktionszusammenhang zum Gebäude	416
1.2	Immaterielle Wirtschaftsgüter	417
1.2.1	Begriff	417

1.2.2	Entgeltlicher Erwerb immaterieller Wirtschaftsgüter	418
1.2.3	Einlagen immaterieller Wirtschaftsgüter	420
1.2.4	Abschreibung immaterieller Wirtschaftsgüter	421
1.2.5	Besonderheiten beim Firmenwert (Geschäftswert)	421
1.2.6	Besonderheiten bei Nutzungsrechten, insbesondere beim Nießbrauch	424
1.3	Wertpapiere und Beteiligungen	425
1.3.1	Wertpapiere	425
1.3.1.1	Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen	425
1.3.1.2	Anschaffungskosten von Wertpapieren	426
1.3.1.3	Teilwert von Wertpapieren	426
1.3.1.4	Einzelbewertung	428
1.3.1.5	Wertpapiere im Girosammeldepot	428
1.3.1.6	Berichtigungsaktien	430
1.3.1.7	Junge Aktien	431
1.3.2	Beteiligungen	433
1.3.2.1	Begriff	433
1.3.2.2	Bewertung	433
1.4	Forderungen	435
1.4.1	Uneinbringliche Forderungen	435
1.4.1.1	Zeitpunkt der Uneinbringlichkeit und Wertaufhellung	435
1.4.1.2	Uneinbringlichkeit und Umsatzsteuer	436
1.4.1.3	Buchmäßige Behandlung des Forderungsausfalls	436
1.4.1.4	Nachträglicher Eingang einer abgeschrieben Forderung	437
1.4.2	Zweifelhafte Forderungen (Dubiose)	437
1.4.3	Andere Wertminderungen	438
1.4.4	Wertberichtigungen	438
1.4.4.1	Einzelwertberichtigung	438
1.4.4.2	Pauschalwertberichtigungen	439
1.4.4.2.1	Ausfallrisiko	440
1.4.4.2.2	Skonti und sonstige Erlösschmälerungen	440
1.4.4.2.3	Zinsverlust	441
1.4.4.2.4	Einziehungsrisiko	442
1.4.5	Wertberichtigung und Umsatzsteuer	442
1.4.6	Buchungsprobleme	442
1.4.6.1	Buchmäßige Behandlung der zweifelhaften Forderungen	442
1.4.6.2	Buchmäßige Behandlung der Wertberichtigung	442
1.4.6.2.1	Das ruhende Wertberichtigungskonto	443
1.4.6.2.2	Das „gemischte“ Delkrederekonto	443
1.4.7	Zusammenfassender Beispielfall	444
1.5	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	445
1.5.1	Allgemeines	445
1.5.1.1	Begriff Rechnungsabgrenzung	445
1.5.1.2	Gesetzliche Grundlagen	446
1.5.1.3	Transitorische und antizipative Abgrenzung	446
1.5.1.4	Abgrenzung zu immateriellen Wirtschaftsgütern	446
1.5.2	Ausgaben vor dem Bilanzstichtag	447
1.5.3	Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag	447
1.5.4	Abgrenzung für Zölle und Verbrauchsteuern	448
1.5.5	Abgrenzung für Umsatzsteuer auf Anzahlungen	449
1.5.6	Buchmäßige Behandlung der aktiven RAP	449

2.	Passivposten	449
2.1	Allgemeine Grundsätze für die Bewertung der Verbindlichkeiten	449
2.2	Darlehensverbindlichkeiten	450
2.2.1	Normalverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten	450
2.2.1.1	Disagio und andere Finanzierungskosten	450
2.2.1.1.1	Aktivierungspflicht	450
2.2.1.1.2	Planmäßige Abschreibungen	450
2.2.1.1.3	Außerplanmäßige Abschreibungen	452
2.2.1.2	Sofort abziehbare Finanzierungskosten	453
2.2.2	Unverzinsliche und niedrigverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten ...	453
2.3	Valutaverbindlichkeiten	454
2.4	Erhaltene Anzahlungen	455
2.5	Rückstellungen (ohne Pensionsrückstellungen)	455
2.5.1	Allgemeiner Begriff und Bedeutung	456
2.5.2	Abgrenzung zu anderen Passivposten	456
2.5.3	Rechtliche Grundlagen für den Ansatz einer Rückstellung	456
2.5.4	Wertbeeinflussung und Wertaufhellung	456
2.5.5	Einzelfälle von Rückstellungen	457
2.5.5.1	Gewerbesteuerrückstellung	457
2.5.5.1.1	% ₁₀ -Methode	457
2.5.5.1.2	Divisormethode	458
2.5.5.1.3	Überzahlte Gewerbesteuer	460
2.5.5.1.4	Gewerbesteuer-Nachholungen	460
2.5.5.2	Garantierückstellungen	461
2.5.5.3	Rückstellung für Jahresabschluß	463
2.5.5.4	Rückstellung für Prozeßrisiko und Prozeßkosten	463
2.5.5.4.1	Rückstellung für Prozeßrisiko	463
2.5.5.4.2	Rückstellung für Prozeßkostenrisiko	464
2.5.5.4.3	Rückstellung für Verletzung von Schutzrechten	464
2.5.5.5	Rückstellungen aus Arbeitsverhältnissen	465
2.5.5.5.1	Rückstellung für Gratifikationen und Tantiemen	465
2.5.5.5.2	Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	466
2.5.5.5.3	Belastung durch laufende Dienstverträge	467
2.5.5.5.4	Rückstellungen für Leistungen auf Grund eines Sozialplanes	467
2.5.5.6	Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	468
2.5.5.6.1	Beschaffungsgeschäfte	468
2.5.5.6.2	Absatzgeschäfte	469
2.5.5.6.3	Dauerschuldverhältnisse	469
2.5.5.7	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsaufwendungen	470
2.5.5.7.1	Allgemeines	470
2.5.5.7.2	Wahlrecht	470
2.5.5.7.3	Vorübergehende Wertminderung bei Sachanlagen	471
2.5.5.7.4	Abraumbeseitigung	471
2.5.5.7.5	Künftig anfallende Instandhaltungsaufwendungen	471
2.5.5.7.6	Verpflichtungen zur Rekultivierung oder zum Abbruch	471
2.5.5.7.7	Rückstellung für Pachtanlagenerneuerung (Pachterneuerungs- rückstellung)	472
2.5.5.8	Rückstellungen für Haftungsrisiken (Eventualverbindlichkeiten)	473
2.5.5.8.1	Bürgschaften	474
2.5.5.8.2	Wechselobligo	474
2.5.5.8.3	Steuerschulden	475

2.5.5.9	Verbindlichkeiten gegenüber Handelsvertretern	476
2.5.5.9.1	Provisionsansprüche	476
2.5.5.9.2	Ausgleichsanspruch nach § 89b HGB	476
2.5.6	Auflösung von Rückstellungen	477
2.5.7	Buchmäßige Behandlung der Rückstellungen	477
2.5.7.1	Erstmalige Bildung und Aufstockung	477
2.5.7.2	Verbrauch und Auflösung von Rückstellungen	478
2.5.7.3	Rückstellungen als ruhendes Konto	479
2.5.8	Nachholung von Rückstellungen	479
2.6	Pensionsrückstellungen	479
2.6.1	Allgemeines	479
2.6.2	Voraussetzungen	480
2.6.3	Zeitpunkt der Bildung	480
2.6.4	Höhe der Rückstellung	480
2.6.4.1	Teilwert	480
2.6.4.2	Zuführung und Nachholverbot	481
2.6.4.3	Ausnahmen vom Nachholverbot	481
2.6.4.4	Verteilung von Zuführungsbeträgen	481
2.6.4.5	Einzelbewertung	482
2.6.4.6	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz	482
2.6.5	Auflösung der Rückstellung	482
2.6.6	Sonderfälle	483
2.6.6.1	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Personengesellschaften	483
2.6.6.2	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften	484
2.6.6.3	Pensionszusagen an Arbeitnehmer-Ehegatten	484
2.6.6.4	Vorruhestandsleistungen	485
2.6.7	Rücklage nach § 52 Abs. 8 Satz 3 EStG	485
2.6.8	Rückdeckungsversicherung	485
2.7	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	486
2.7.1	Einnahmen vor dem Bilanzstichtag	486
2.7.2	Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag	486
2.8	Rücklagen	488
2.8.1	Offene Rücklagen	488
2.8.2	Stille Rücklagen (Reserven)	488
2.9	Steuerfreie Rücklagen	488
2.9.1	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (Rücklage für Ersatzbeschaffung) nach Abschn. 35 EStR	489
2.9.1.1	Allgemeines	489
2.9.1.2	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung des Abschn. 35 EStR	489
2.9.1.2.1	Ausscheiden eines Wirtschaftsguts aus dem Betriebsvermögen	489
2.9.1.2.2	Ausscheidungsgründe	489
2.9.1.2.3	Leistung einer Entschädigung von dritter Stelle	490
2.9.1.2.4	Anschaffung oder Herstellung eines Ersatzwirtschaftsguts	492
2.9.1.3	Wahlmöglichkeiten bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung des Abschn. 35 EStR	492
2.9.1.3.1	Sofortige Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven	492
2.9.1.3.2	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven auf ein in demselben Wirtschaftsjahr angeschafftes oder hergestelltes Ersatzwirtschaftsgut	492

2.9.1.3.3	Bildung einer „Rücklage für Ersatzbeschaffung“ für die aufgedeckten stillen Reserven und Übertragung im Folgejahr oder einem späteren Wirtschaftsjahr	494
2.9.1.4	Weitere Voraussetzungen für die Übertragung stiller Reserven	494
2.9.1.4.1	Einhaltung bestimmter Fristen	494
2.9.1.4.2	Ausweis in der Handelsbilanz	495
2.9.1.5	Besonderheiten	495
2.9.1.5.1	Anteilige Übertragung auf ein Ersatzwirtschaftsgut	495
2.9.1.5.2	Ausnahmeregelung bei bebauten Grundstücken für Grund und Boden und Gebäude	496
2.9.1.5.3	Beschädigung eines Wirtschaftsguts	497
2.9.1.5.4	Rücklage für Ersatzbeschaffung und Betriebsveräußerung oder Betriebsaufgabe	498
2.9.1.5.5	Übertragung auf einen anderen Betrieb desselben Unternehmers	498
2.9.1.5.6	Einbeziehung von Zinsen in die Rücklage für Ersatzbeschaffung	498
2.9.1.5.7	Kein Wegfall der Steuervergünstigung des Abschn. 35 EStR bei späterer Korrektur in der Handelsbilanz	499
2.9.1.6	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven im Rahmen des Abschn. 35 EStR für Steuerpflichtige, die den Gewinn durch Überschubrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG ermitteln	499
2.9.2	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven und Bildung einer Rücklage für Reinvestitionen nach § 6b EStG	499
2.9.2.1	Allgemeines	499
2.9.2.2	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung des § 6b EStG	499
2.9.2.2.1	Veräußerung von Wirtschaftsgütern	500
2.9.2.2.2	Begünstigte Wirtschaftsgüter und Dauer der Zugehörigkeit zum inländischen Betriebsvermögen	500
2.9.2.2.3	Umfang der übertragungsfähigen stillen Reserven	503
2.9.2.2.4	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven nur auf bestimmte Wirtschaftsgüter zulässig	503
2.9.2.3	Wahlmöglichkeiten bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung des § 6b EStG	506
2.9.2.3.1	Sofortige Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven	506
2.9.2.3.2	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven auf ein in demselben oder im vorangegangenen Wirtschaftsjahr angeschafftes oder hergestelltes Wirtschaftsgut	507
2.9.2.3.3	Bildung einer „Rücklage nach § 6b EStG (Rücklage für Reinvestition)“ für die aufgedeckten stillen Reserven und Übertragung in den folgenden Wirtschaftsjahren	509
2.9.2.3.4	Auflösung der steuerfreien Rücklage ohne Übertragung	510
2.9.2.4	Weitere Voraussetzungen für die Übertragung stiller Reserven bzw. Bildung einer steuerfreien Rücklage nach § 6b EStG	511
2.9.2.4.1	Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG	511
2.9.2.4.2	Behandlung in der Buchführung	511
2.9.2.4.3	Gleiche Behandlung auch in der Handelsbilanz	511
2.9.2.5	Abschreibung für das Wirtschaftsgut, auf das aufgedeckte stille Reserven übertragen wurden	512
2.9.2.6	Übertragungsmöglichkeiten auf verschiedene Betriebe	512
2.9.2.7	Besonderheiten	513
2.9.2.7.1	Übertragungsmöglichkeiten bei Erweiterung, Ausbau und Umbau von Gebäuden und Schiffen	513

2.9.2.7.2	Bildung einer steuerfreien Rücklage bei einer Betriebsveräußerung	514
2.9.2.7.3	Besondere Voraussetzungen bei Übertragung auf Anteile an Kapitalgesellschaften	515
2.9.2.8	Übersicht über Unterschiede zwischen Abschn. 35 EStR und § 6b EStG	516
2.9.3	Andere steuerfreie Rücklagen	517
2.9.3.1	Preissteigerungsrücklage	517
2.9.3.2	Zuschußrücklage	517
2.9.3.3	Rücklage nach § 6c EStG	517
2.10	Wertberichtigungen	518
2.10.1	Wertberichtigungen zu Anlagevermögen	518
2.10.2	Wertberichtigungen für Forderungen	519
2.10.3	Wertberichtigungskonto	519

K. Besonderheiten bei bestimmten Gewinn- und Verlust-Posten

1.	Umsatzerlöse und aktivierte Eigenleistungen	520
1.1	Umsatzerlöse und schwebende Geschäfte	520
1.2	Gewinnverwirklichung bei Umsatzerlösen	520
1.2.1	Gewinnverwirklichung bei Kaufverträgen	520
1.2.2	Gewinnverwirklichung bei Leistungen	521
1.2.3	Besonderheiten in der Bauwirtschaft	521
1.2.3.1	Unfertige Bauten	521
1.2.3.2	Noch nicht abgerechnete Bauten	522
1.2.4	Gewinnverwirklichung bei Handelsvertretern	522
1.3	Aktivierte Eigenleistungen	523
1.3.1	Bestandsveränderungen bei eigenen Erzeugnissen	523
1.3.2	Bestandsveränderungen bei Handelswaren	523
1.3.3	Andere aktivierte Eigenleistungen	523
2.	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	523
2.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	523
2.2	Aufwendungen für bezogene Waren (Wareneinsatz)	524
2.2.1	Buchmäßige Behandlung der Waren	524
2.2.2	Auswirkungen von Fehlbuchungen bei Waren	525
2.2.3	Auswirkung von Anschaffungspreisminderungen	526
3.	Löhne und Gehälter	527
3.1	Lohnbuchhaltung – Finanzbuchhaltung	528
3.2	Buchung von Lohnzahlungen	528
3.2.1	Lohnzahlung ohne Besonderheiten	528
3.2.2	Vermögenswirksame Leistungen und Arbeitnehmer-Sparzulagen	529
3.2.3	Abschlagszahlungen	530
3.2.4	Vorschüsse – Arbeitgeberdarlehen	531
3.2.5	Sachbezüge	533
4.	Provisionsaufwand und -ertrag durch Kommissionsgeschäfte	534
4.1	Allgemeines	534
4.2	Einkaufskommission	534
4.3	Verkaufskommission	537

5.	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	541
5.1	Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren (Rentenpapieren)	541
5.2	Erträge aus Dividendenpapieren	543
5.3	Beteiligungserträge	546
6.	Diskontaufwand und -ertrag sowie Finanzkosten bei Wechselgeschäften	547
6.1	Allgemeines	547
6.2	Der gezogene Wechsel	548
6.2.1	Verwertungsmöglichkeiten	548
6.2.2	Wechselsteuer	549
6.2.3	Wechsel und Umsatzsteuer	549
6.2.4	Buchungsbeispiele	549
6.2.5	Rechnungsabgrenzung bei Wechseldiskontierung	551
6.2.6	Wechselprolongation	551
6.2.7	Wechselprotest	552
L. Bilanzberichtigung und Bilanzänderung sowie Berichtigungstechnik und Mehr- und Wenigerrechnung		
1.	Die Grundsätze der Bilanzberichtigung	554
1.1	Begriff	554
1.1.1	Unterscheidung und Abgrenzung zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz	555
1.1.2	Nachträglich fehlerhafte Steuerbilanz aufgrund Änderung der Rechtsprechung	555
1.2	Unterscheidung zwischen verschiedeneartigen Fehlern	555
1.2.1	Abgrenzung zwischen objektiven und subjektiven Fehlern	556
1.2.2	Mögliche Bilanzierungsfehler	556
1.2.3	Mögliche Bewertungsfehler	557
1.3	Verhältnis des Grundsatzes des Bilanzenzusammenhangs zur Bilanzberichtigung	557
1.4	Steuerlich zu beachtende verfahrensrechtliche Grundsätze für eine Bilanzberichtigung	558
1.4.1	Pflicht des Steuerpflichtigen zur Bilanzberichtigung	558
1.4.2	Bilanzberichtigung in den Fällen, in denen die Steuerfestsetzungen noch nicht durchgeführt oder noch nicht bestandskräftig sind	558
1.4.3	Bilanzberichtigung bereits bestandskräftiger Steuerfestsetzungen	558
1.4.3.1	Fehlerfälle, bei denen die Steuerfestsetzungen nach der AO noch geändert werden können	558
1.4.3.2	Fehlerfälle, bei denen die Steuerfestsetzungen nach der AO nicht mehr änderbar sind	558
1.4.3.2.1	Fehlergruppe 1: Der Fehler hat sich bisher steuerlich noch nicht ausgewirkt	559
1.4.3.2.2	Fehlergruppe 2: Der Fehler hat sich bisher steuerlich ausgewirkt	561
1.4.3.2.2.1	Bilanzfehler als Bilanzierungs- und Bewertungsfehler bei Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens	561
1.4.3.2.2.2	Bilanzfehler als Bilanzierungsfehler bei Wirtschaftsgütern ohne Betriebsvermögenseigenschaft bzw. bei privaten Entnahmevergängen	565

1.4.3.2.3	Fehlergruppe 3: Berichtigung der Anfangsbilanz eines noch änderbaren Veranlagungszeitraums unter Durchbrechung des Bilanzenzusammenhangs bei Verstößen gegen Treu und Glauben	566
1.5	Anpassung der laufenden Buchführung an die in einem Vorjahr vorgenommene Bilanzberichtigung	567
2.	Die Grundsätze der Bilanzänderung	568
2.1	Begriff und allgemeine Voraussetzungen für eine Bilanzänderung	568
2.2	Zustimmung des Finanzamts erforderlich	569
2.3	Steuerlich zu beachtende verfahrensrechtliche Grundsätze für eine Bilanzänderung	569
2.4	Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz	570
2.5	Anpassung der laufenden Buchführung an die in einem Vorjahr vorgenommene Bilanzänderung	571
3.	Technik der Bilanzberichtigung und Bilanzänderung in der Praxis und bei der Bearbeitung von Klausuren	571
3.1	Zusammenfassung der berichtigten und der nicht berichtigten Bilanzposten in einer berichtigten Bilanz (Prüferbilanz aufgrund einer Außenprüfung)	571
3.2	Berichtigung des Kapitals durch Saldierung der „Aktivposten lt. Prüferbilanz minus Passivposten lt. Prüferbilanz“	571
3.3	Ermittlung des Gewinns durch Bestandsvergleich aufgrund der berichtigten Ergebnisse	572
3.4	Auswirkungen der Berichtigung bzw. Änderung von Bilanzposten auf das Kapital und den Gewinn	572
4.	Die Mehr- und Wenigerrechnung (MWR)	572
4.1	Begriff, Wesen und Zweck der MWR	572
4.2	Verschiedene Methoden der MWR	573
4.3	Die Technik der MWR	574
4.3.1	Allgemeines	574
4.3.2	Die Technik der MWR (Gewinnberichtigung) nach der Bilanz- Methode	574
4.3.2.1	Getrennte Darstellung der Bilanzberichtigung und Gewinn- berichtigung nach der Bilanz-Methode	574
4.3.2.2	Integrierte Darstellung der Bilanzberichtigung und Gewinn- berichtigung nach der Bilanz-Methode	576
4.3.3	Die Technik der MWR (Gewinnberichtigung) nach der GuV-Methode	577
4.3.3.1	MWR nach der GuV-Methode unter Gegenüberstellung der bisherigen und richtigen bzw. geänderten Gewinnauswirkung	577
4.3.3.2	MWR nach der GuV-Methode unter Einbeziehung der Berichtigung des GuV-Postens (integrierte GuV-Posten-Berichtigung und Gewinnberichtigung)	578
4.3.4	Verwendung nur einer der beiden MWR-Methoden oder Anwendung beider Methoden?	579
4.3.5	Verwendung des amtlichen Vordrucks	579
4.4	Hinweise zur Bearbeitung von Klausuren	582
4.5	Weitere Fälle	582
4.6	Fälle zur Anpassung an einen Vorprüfungszeitraum	587

M. Betriebseröffnung, Betriebserwerb, Betriebsübertragung, Betriebsaufgabe

1.	Betriebseröffnung	596
2.	Betriebserwerb	596
2.1	Entgeltlicher Betriebserwerb	596
2.2	Unentgeltlicher Betriebserwerb	596
2.3	Teilentgeltlicher Betriebserwerb	596
3.	Betriebsübertragung und Betriebsaufgabe	600
3.1	Entgeltliche Betriebsübertragung	600
3.2	Unentgeltliche Betriebsübertragung	601
3.3	Betriebsaufgabe	601
3.4	Betriebsverpachtung	602
3.5	Weitere Abgrenzungen	603
3.6	Fälle	603
3.7	Forderungen und Schulden nach Betriebsveräußerung und -aufgabe ...	604

N. Verträge unter Verwandten

1.	Arbeitsverträge mit Ehegatten	606
1.1	Bürgerlich-rechtlich wirksame Vereinbarung	606
1.2	Durchführung wie unter fremden Dritten (steuerlicher Fremdvergleich)	606
1.3	Angemessenheit der Vergütungen	608
2.	Arbeitsverträge mit Kindern	608
3.	Andere Verträge unter nahen Angehörigen	609
3.1	Gesellschaftsverträge	609
3.2	Pachtverträge	609
3.3	Schenkungs- und Darlehensverträge	610
3.4	Nutzungsüberlassungsverträge	612

O. Besonderheiten bei Personengesellschaften

1.	Begriff der Mitunternehmerschaft	613
1.1	Handelsrecht und Steuerrecht	613
1.2	Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerrisiko	613
1.3	Keine Identität von Gesellschafter und Mitunternehmer	613
1.4	Mitunternehmerschaft nur am Gewerbebetrieb möglich	615
1.5	Einzelne Gesellschaftsformen	615
1.5.1	Offene Handelsgesellschaft (OHG)	615
1.5.2	Kommanditgesellschaft (KG)	615
1.5.3	Gewerblich tätige BGB-Gesellschaft (GbR)	616
1.5.4	Atypisch stille Gesellschaft	616
1.5.5	Atypisch stille Unterbeteiligung	617
1.5.6	Gütergemeinschaft	618
1.5.7	Erbengemeinschaft	618
1.5.8	Betriebsaufspaltung	618

2.	Besonderheiten im Rahmen der steuerlichen Gewinnermittlung ..	620
2.1	Unterschiede bei der Gewinnermittlung gegenüber Einzelbetrieben	620
2.1.1	Die Kapitalkonten	620
2.1.2	Die Privatkonten	621
2.1.3	Sonder- und Ergänzungsbilanzen	621
2.1.4	Der Mitunternehmererlaß	621
2.2	Umfang des Betriebsvermögens von Personengesellschaften	622
2.2.1	Gesamthandsvermögen	622
2.2.1.1	Notwendiges Betriebsvermögen	622
2.2.1.2	Gewillkürtes Betriebsvermögen	622
2.2.1.3	Notwendiges Privatvermögen	623
2.2.1.4	Grundstücke und Grundstücksteile	624
2.2.2	Sonderbetriebsvermögen	624
2.2.2.1	Begriff	624
2.2.2.2	Sonderbetriebsvermögen I	624
2.2.2.2.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen I	624
2.2.2.2.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen I	625
2.2.2.3	Sonderbetriebsvermögen II	625
2.2.2.3.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen II	625
2.2.2.3.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen II	626
2.3	Buchmäßige Behandlung des Sonderbetriebsvermögens	626
2.3.1	Laufende Geschäftsvorfälle im Sonderbetriebsvermögen	626
2.3.2	Sonderbetriebsvermögen und Gewinnfeststellung	628
2.4	Gewinnrealisierung bei der Übertragung von Wirtschaftsgütern	628
2.4.1	Übertragung von Sonderbetriebsvermögen	629
2.4.1.1	Entgeltliche Veräußerung an Dritte oder an Mitunternehmer	629
2.4.1.2	Unentgeltliche oder teilentgeltliche Übertragung an Mitunternehmer ..	629
2.4.1.3	Übertragung in das Gesamthandsvermögen	630
2.4.1.3.1	Entgeltliche Veräußerung an die Personengesellschaft	630
2.4.1.3.2	Übertragung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten	631
2.4.1.3.2.1	Folgen bei Teilwertansatz	632
2.4.1.3.2.2	Folgen bei Buchwertfortführung	633
2.4.1.3.2.3	Folgen bei Ansatz eines Zwischenwerts	634
2.4.1.4	Entnahme in das Privatvermögen	635
2.4.2	Übertragung von Gesamthandsvermögen	635
2.4.2.1	Übertragung in ein Sonderbetriebsvermögen	635
2.4.2.1.1	Entgeltliche Veräußerung	635
2.4.2.1.2	Übertragung gegen Minderung von Gesellschaftsrechten	636
2.4.2.2	Übertragung in einen anderen Betrieb eines Mitunternehmers	637
2.4.2.3	Übertragung in das Privatvermögen	637
2.4.2.3.1	Entgeltliche Veräußerung	637
2.4.2.3.2	Unentgeltliche Übertragung	637
2.4.3	Übertragung von Privatvermögen ins Betriebsvermögen	638
2.4.3.1	Einlage ins Sonderbetriebsvermögen	638
2.4.3.2	Einbringung in das Gesamthandsvermögen	638
2.4.4	Übertragung von anderem Betriebsvermögen ins Gesamthands- vermögen	639
2.4.5	Vermögensübertragung und Umsatzsteuer	639
2.5	Vergütungen der Personengesellschaften an ihre Mitunternehmer oder umgekehrt für besondere Leistungen	639
2.5.1	Vergütungen an Mitunternehmer	639
2.5.1.1	Vergütungen für Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft	640

2.5.1.2	Vergütungen für die Hingabe von Darlehen	642
2.5.1.3	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	643
2.5.1.4	Vergütungen für Lieferungen durch Mitunternehmer	643
2.5.2	Leistungen der Personengesellschaften an ihre Mitunternehmer	643
2.6	Behandlung der Sonderbetriebsausgaben	643
2.7	Übertragung stiller Reserven zwischen Mitunternehmer und Personengesellschaft	644
2.7.1	Buchgewinn-Übertragung von Gesellschafter auf Gesellschaft	644
2.7.2	Buchgewinn-Übertragung von Gesellschaft auf Gesellschafter	645
2.8	Verlustberücksichtigung bei Kommanditisten mit negativem Kapitalkonto (§ 15a EStG)	646
3.	Verteilung von Gewinn und Verlust und buchmäßige Behandlung	647
3.1	Ermittlung des steuerlichen Ergebnisses	647
3.2	Verteilung von Gewinn und Verlust	647
3.3	Buchmäßige Behandlung	648
3.4	Beispielsfall	649
4.	Behandlung der Beteiligung eines Mitunternehmers im Betriebsvermögen seines Einzelbetriebes	652
5.	Besonderheiten bei der Gründung von Personengesellschaften ...	652
5.1	Bargründung	652
5.2	Sachgründung	653
5.3	Fälle des § 24 UmwStG	653
5.3.1	Teilwertansatz	654
5.3.2	Buchwertfortführung	655
5.3.3	Ansatz eines Zwischenwerts	658
5.4	Gründung von Personengesellschaften und Umsatzsteuer	660
6.	Besonderheiten beim Eintritt oder Ausscheiden eines Mitunternehmers	660
6.1	Aufnahme eines weiteren Mitunternehmers	660
6.2	Gesellschafterwechsel	660
6.2.1	Allgemeines	660
6.2.2	Kaufpreis über Buchwert	660
6.2.3	Personenbezogene Steuervorschriften	661
6.2.4	Kaufpreis unter Buchwert	663
6.3	Ausscheiden eines Mitunternehmers aus einer Personengesellschaft ...	663
6.3.1	Allgemeines	663
6.3.2	Handelsrechtliche (zivilrechtliche) Folgen	664
6.3.3	Ertragssteuerliche Folgen	664
6.3.3.1	Abfindung über Buchwert	664
6.3.3.2	Abfindung an lästige Gesellschafter	667
6.3.3.3	Abfindung unter Buchwert	668
6.3.3.4	Sachwertabfindung	670
6.3.3.5	Privat beeinflusste Abfindungen	671
6.3.3.5.1	Ausscheiden über Teilwert	671
6.3.3.5.2	Ausscheiden unter Buchwert	672
6.3.3.6	Ausscheiden eines Gesellschafters und Umsatzsteuer	672
7.	Realteilung	672
7.1	Begriff	672
7.2	Steuerliche Folgen	672

7.2.1	Versteuerung eines Aufgabegewinns	673
7.2.2	Buchwertfortführung	674
7.2.2.1	Einfache Buchwertfortführung	674
7.2.2.2	Kapitalkontenangleichung	674
7.2.3	Realteilung mit Wertausgleich	675
7.2.3.1	Wertausgleich und Teilwertansatz	676
7.2.3.2	Wertausgleich und Buchwertfortführung	676
7.2.4	Ansatz eines Zwischenwerts	679
8.	Besonderheiten bei der GmbH & Co KG	679
8.1	Allgemeines	679
8.2	Betriebsvermögen der GmbH & Co KG	679
8.3	Gewinnverteilung bei der GmbH & Co KG	679
8.3.1	Vertragliche Gewinnverteilung	679
8.3.2	Erträge aus Sonderbetriebsvermögen	680
8.3.3	Verdeckte Gewinnausschüttungen	680
8.4	Tätigkeitsvergütung für Geschäftsführer	681
8.4.1	Kommanditist als Geschäftsführer	681
8.4.2	Fremder Geschäftsführer	681
8.4.3	Geschäftsführer und „doppelstöckige“ GmbH & Co KG	682
9.	Besonderheiten bei der typischen stillen Gesellschaft	682
9.1	Allgemeines	682
9.2	Behandlung der stillen Einlage beim Betriebsinhaber	683
9.3	Behandlung beim stillen Gesellschafter	683
9.4	Stille Beteiligung und Gewerbesteuer	684

P. Besonderheiten beim Abschluß von Kapitalgesellschaften

1.	Grundlegende Unterschiede zur Personengesellschaft	685
1.1	Die Kapitalkonten	685
1.1.1	Gezeichnetes Kapital	686
1.1.2	Kapitalrücklagen	686
1.1.3	Gewinnrücklagen	686
1.1.4	Gewinn- bzw. Verlustvortrag – Jahresüberschuß bzw. -fehlbetrag	686
1.2	Personensteuern	687
1.2.1	Personensteuern als Aufwand	687
1.2.2	Körperschaftsteuerrückstellung	688
1.2.3	Steuernachzahlungen und -erstattungen	688
2.	Besondere Gliederungsvorschriften für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	689
2.1	Die Bilanzgliederung nach § 266 HGB	689
2.2	Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 275 HGB ..	689
2.3	Der Anhang	690
2.4	Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften	691
2.4.1	Größenklassen	691
2.4.2	Verkürzte Bilanz	692
3.	Besondere Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften	692
3.1	Sonderposten mit Rücklageanteil	692
3.1.1	Inhalt des Postens	692
3.1.2	Buchungsprobleme bei Sonderposten mit Rücklageanteil	693
3.2	Steuerabgrenzung gemäß § 274 HGB (latente Steuern)	695

3.2.1	Passive (passivische) Steuerabgrenzung	695
3.2.1.1	Rückstellung für latente Steuern	695
3.2.1.2	Höhe der Rückstellung	695
3.2.2	Aktive (aktivische) Steuerabgrenzung	696
3.2.3	Saldierung der latenten Steuern	697
3.3	Besondere Bewertungsvorschriften	697
3.3.1	Abschreibungen	697
3.3.2	Wertaufholungsgebot	698
4.	Konzernabschluß	699
5.	Genossenschaften	699
6.	Steuerbilanz und steuerliche Ausgleichsposten	699
6.1	Steuerbilanz	699
6.2	Steuerliche Ausgleichsposten „Mehrkapital“ und „Minderkapital“	700
7.	Buchung der Gewinnverwendung	701
 Q. Besonderheiten bei Umwandlungen und Verschmelzungen von Gesellschaften 		
1.	Begriff der Umwandlung und Abgrenzung zur Verschmelzung ...	703
2.	Umwandlung einer Personengesellschaft in eine andere Personengesellschaft	703
3.	Umwandlung einer Personengesellschaft in eine GmbH	703
3.1	Zeitpunkt der Sacheinlage	703
3.2	Steuerliche Folgen der Umwandlung bzw. Einbringung	704
3.2.1	Buchwertfortführung	705
3.2.1.1	Folgen für die Einbringenden	705
3.2.1.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	705
3.2.2	Teilwertansatz	706
3.2.2.1	Folgen für die Einbringenden	706
3.2.2.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	706
3.2.3	Ansatz eines Zwischenwerts	707
3.2.3.1	Folgen für die Einbringenden	707
3.2.3.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	707
3.3	Veräußerung der Gesellschaftsanteile	708
3.4	Umwandlung und Umsatzsteuer	709
3.5	Sonstiges	709
4.	Verschmelzung von Personengesellschaften	710
5.	Umwandlung einer GmbH in eine Personengesellschaft	710
5.1	Steuerliche Schlußbilanz	711
5.2	Übertragung des GmbH-Vermögens auf die Personengesellschaft	711
5.3	Steueranrechnung bei der Personengesellschaft	712
5.4	Sonstiges	713
Stichwortverzeichnis		715